

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Nicht Arbeitslose sind schuld

Zum Abschied hat Bundesminister Clement noch eine Broschüre mit dem Titel ›Gegen Missbrauch‹, ›Abzocke‹ und ›Selbstbedienung im Sozialstaat‹ veröffentlicht.

Dort wird in skandalöser Weise gegen Arbeitslosengeld II-Bezieher gehetzt. Massenhafter Leistungsmissbrauch wird unterstellt, aber nicht belegt. Leistungsberechtigte werden pauschal unter Missbrauchverdacht gestellt und Clement schreckte selbst nicht vor dem menschenverachtenden Begriff ›Parasit‹ zurück. Richtig ist, dass die Anzahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger steigt, aber daraus lassen sich keine vermehrten Betrügereien ableiten. Betrachtet man das von SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP beschlossene Hartz IV-Gesetz, stellt man fest, dass steigende Fallzahlen und höhere Kosten durch dieses Gesetz selbst entstehen.

Immer mehr Menschen haben Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Das ist Resultat der verkürzten Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld I. So werden Arbeitslose schneller in das meist geringere ALG II gedrängt.

Gleichzeitig finden durch die Eingliederungsmaßnahmen des Hartz IV Gesetzes kaum Vermittlungen in Arbeit statt. In erster Linie werden Arbeitslose für einige Monate in 1-Euro-Jobs beschäftigt, daraus ergibt sich keine Eingliederung in dauerhafte Arbeit.

Den ständigen Zugängen bei ALG II stehen kaum Abgänge in Arbeit gegenüber. Die Fallzahlen im Leistungsbezug sinken also nicht und so erhöhen sich die Ausgaben.

Das Hartz IV-Gesetz und die meisten seiner Instrumente sind ungeeignet, um Arbeitslosen eine berufliche Perspektive zu bieten und die schlechte wirtschaftliche Lage erschwert alles natürlich noch.

Hinzu kommt die unzureichende Umsetzung durch die Bundesanstalt für Arbeit. Nach wie vor fehlt noch Personal in den Job-Centern zur Beratung und Betreuung und noch immer werden nicht Maßnahmen und Qualifizierungen an den Arbeitslosen ausgerichtet, sondern diese werden einfach in die angebotenen Maßnahmen geschickt.

Elke Breitenbach, Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Berliner Abgeordnetenhauses

Job-Center – halb acht in Deutschland



Aktion der Neuköllner Linkspartei.PDS vor dem Jobcenter

Foto: privat

Früh um sieben in Deutschland. Das Leben schläft und doch bilden sich Schlangen nicht etwa vor Aldi, Penny oder anderen Läden – nein vor dem Job-Center Neukölln.

Die Menschen sind ruhig, die Stimmung gedrückt, ich habe selten Menschenschlangen so ruhig erlebt, keiner sagt was und dabei öffnet das Jobcenter erst um acht Uhr.

42.000 Bedarfsgemeinschaften haben wir in unserem Bezirk. Darin sind 52.000 Mitmenschen als erwerbsfähig erfasst. Das heißt, diese Situation trifft sie jeden Monat. Sie stehen und können nicht weg, weil sie sonst wieder hinten an die Schlange müssen. Auf die Frage, warum sie denn schon so früh dastehen, antwortete Hans M.: »Damit ich um 11.30 Uhr hoffentlich wieder raus bin«.

Warten und nicht auf Toilette können – ein Grundrecht für jeden, hier muss Mensch darauf verzichten. Wir haben Kaffee verteilt um die Betroffenen etwas zu wärmen. Grundsätzlich gab es keine bösen Worte – Einsicht in die Notwendigkeit, oder Aufgabe dessen was MENSCH bedeutet? Hartz IV trifft uns alle, in der eigenen Familie oder Bekannte, Menschen aus dem

Freundeskreis. Wir können es nicht von uns wegschieben. Die Forderung der Linkspartei.PDS nach einer Grundabsicherung, bekommt vor diesem Hintergrund eine andere Dimension. Es betrifft Junge und Alte, Behinderte und ausländische Mitbürger.

Das Jobcenter hat immer noch nicht die Ausstattung, damit es ordentlich arbeitet. Es fehlen Räumlichkeiten. Jetzt ist man dabei die Bedingungen zu schaffen, allerdings an einem anderen Ort. Längere Wege für die Betroffenen sind vorprogrammiert. Zudem fehlen etwa 200 Mitarbeiter, um die anfallenden Arbeiten zu leisten und alte Anträge aufzuarbeiten.

Die Mitarbeiter wurden als bestimmt, aber freundlich charakterisiert, doch hilft es den Menschen in den wenigsten Fällen, sie wollen Arbeit, ihr Geld korrekt bekommen oder einfach ihre Kinder ernähren. Ungefähr 20.000 Kinder sind betroffen, leben unterhalb der Armutsgrenze zum großen Teil in einem Land, das zu den sieben großen Industrienationen gehört.

Steuern wir um, sagen wir nein zu dieser Situation. Helfen sie mit.

Torsten Skott

Bericht von der BVV-Sitzung am 26. Oktober

Viel Lärm um Nichts

So ist das nun mal, da wird bis in die Nacht debattiert und was hat es letztendlich für den Bürger gebracht? Wenig, denn es ging mal wieder um die Darlegung der unterschiedlichen Positionen der Parteien.

Mündliche Anfragen

Die mündlichen Anfragen beschäftigten sich mit den Baumängeln der Reihenhäuser in der Gartenstadt (CDU), der immer wieder kritisierten Geruchsbelästigung durch abgestellte Züge der BSR im Bereich Hermannstraße (SPD), Tierfriedhof in Neukölln (FDP) und dem Übergang der Horte an die Schulen (Linke.PDS).

Große Anfragen

Im Rahmen der Großen Anfragen versuchte die CDU die Stimmung aus den Demonstrationen letzter Woche, bezüglich der angekündigten Kürzungen im Jugendbereich, zu polemisieren. Natürlich sind weitere Kürzungen, gerade bei den Hilfen zur Erziehung, nicht mehr vertretbar und realisierbar, aber sie unterstellten dem Senat seit 2002 eine wahre Streichorgie. So kann man das aber nicht stehen lassen, denn zu Beginn der Legislaturperiode wurde vom Senat, zusammen mit den Bezirken und den Freien Trägern der Jugendhilfe eine Evaluierung der vorhandenen Maßnahmen durchgeführt und es wurde ein gemeinsames Fach- und Finanzkonzept erarbeitet, das ein Umsteuern in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben ermöglichte. Notwendige und geeignete Hilfen wurden passgenau auf den Bedarf der Hilfebedürftigen zugeschnitten, Abläufe und Kriterien einer qualifizierten Hilfeplanung berlinweit vereinheitlicht und das Zusammenwirken der Fachkräfte verbessert. Dieser Schritt war unbedingt nötig, denn schwierige Jugendliche einfach nur wegsperren, oder auf Segeltörn schicken reicht nicht und ist auch oft auch einfach nur falsch.

Die jetzt von Sarazin angekündigten Kürzungen sind allerdings rein fiskalischer Natur und fachlich nicht tragbar. Soweit hatte die CDU Recht, aber die Aussage, der rot-rote Senat kürzt seit Beginn den Jugendbereich auf ein nicht mehr vertretbares Minimum, ist nicht nur falsch, sondern

ignoriert die Bemühungen, auch der Linkspartei, die Maßnahmen dem veränderten Bedarf anzugleichen. Hilfe zur Erziehung ist ein Rechtsanspruch und wird auch immer ein Rechtsanspruch in der gebotenen Fachlichkeit bleiben.

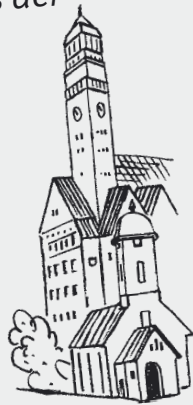
Die Fraktion der Linkspartei sprach nochmals die Zustände im Job-Center Neukölln an. Das Hartz IV-Gesetz ist mit allen Unwägbarkeiten, so wie es ist, von der Bundesregierung beschlossen. Auch wenn wir dieses Gesetz an sich ablehnen, da es unmenschlich ist, plädieren wir doch für eine Erhöhung der kommunalen Verantwortung für das Job-Center. So wie die Zuständigkeiten derzeit geregelt sind, haben wir keinen Einfluss auf das, was dort passiert und schauen hilflos zu. Anträge der BVV spielen in der Trägerversammlung keine Rolle. Unsere Meinung zählt nicht. Der Beirat darf zwar beraten, aber bewegen kann er nichts. Er ist ein sogenanntes ›Deckmäntchen der Demokratie‹. Hartz IV betrifft aber sehr viele Bürger unseres Bezirkes. Sie brauchen unsere Unterstützung und Hilfe. Wir hoffen, dass durch die neue Rahmenvereinbarung unser Mitspracherecht ermöglicht wird.

Die nächste BVV findet am 30. November 2005 statt. Bestandteil der BVV ist eine Einwohnerfragestunde (siehe Kasten).

Die Einwohnerfragestunde ist im Bezirksverwaltungsgesetz neu geregelt. Alle anderen neuen Regelungen, auch zum Bürgerbegehren usw., finden sie im Internet auf der Seite des Bezirkes, des Senates und wir werden in einer der nächsten Ausgaben darüber berichten.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Bericht
aus der



Bezirks-
verordneten-
versammlung

Einwohnerfragestunde

Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln führt in ihrer letzten Sitzung dieses Jahres, am Mittwoch, den **30. November 2005 um 17 Uhr**, eine Einwohnerfragestunde durch.

Mitbürger haben die Möglichkeit bis **Freitag, den 25. November 12 Uhr**, bis zu zwei Fragen, bezirklicher Themen betreffend, im BVV-Büro einzureichen. Die Anwesenheit in der BVV wäre zu empfehlen, denn dort werden die Fragen direkt beantwortet. Bei Abwesenheit erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

Anfrage – Was wurde daraus?

Beschlossen

- Änderung der Geschäftsordnung
(Geschäftsausschuss)
- Vereinsheime (Linke.PDS)
- Brandschutzaufklärung in Neuköllner Grundschulen (CDU)
- Kampagne gegen AIDS-Präventionsmüdigkeit (SPD)
- Sozialticket (Linke.PDS)
- Attraktive Gestaltung des Hermannplatzes (SPD, Grüne, Linke.PDS)
- Leitbild für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung (Grüne)

Überwiesen

- Rudower Grundstück für Neuköllner Kinder (CDU)
- Spielplätze im Otto-Wels-Ring (SPD)
- Straßenkataster (Linke.PDS)
- Anwohner vor Mautprellern schützen (SPD)
- Einbahnstraße am Richardplatz (Linke.PDS)
- Kleinsteinpflaster (Linke.PDS)
- Sauberer Bürgersteig unter der S-Bahnbrücke Neukölln

Schlussberichte

- Sanierung und Umbau der ehemaligen Maler-Berufsschule (SPD)
- Busverbindung nach Treptow-Köpenick verbessern (Grüne)
- Verkehrsberuhigung rund um den Richardplatz (SPD, Grüne, Linke.PDS)
- Würdigung des 8. Mai im Bezirk Neukölln (Linke.PDS)
- Besser mit der BVG zum Bürgeramt Rudow (Grüne)
- Einbürgerung – Integration über Wertevermittlung (CDU)
- Angebot für junge Menschen verbessern (Linke.PDS)

Hartz IV kreativ oder einfach nur Betrug?



Obwohl die Proteste gegen Hartz IV abgeflaut sind, das Gesetz bleibt Armut per Gesetz

Eigentlich muss man sich doch freuen, wenn es Mitbürger gibt, die sich wirklich Mühe geben, den vielen Menschen, die sich beim Job-Center Neukölln die Beine in den Bauch stehen, eine sinnvolle Tätigkeit anzubieten. Arbeit gibt es genug, aber die Anforderungen an MAE-Maßnahmen (MAE=Mehraufwandsentschädigung), oder auch Ein-Euro-Jobs genannt, sind hoch. Alles was sinnvoll erscheint, darf nicht angeboten werden, da diese Maßnahmen sonst reguläre Arbeitsplätze gefährden könnten.

MAE's sollten allgemein nützlich und sinnvoll sein, keinen Verdrängungswettbewerb hervorrufen, Qualifizierung und die Chance für den Einstieg auf den ersten Arbeitsmarkt beinhalten. Also ein Gordischer Knoten, der kaum zu lösen ist.

Und so dachte sich ein pffiffiger filzbehüteter Mitbürger Neuköllns etwas ganz

Besonderes aus, ein Konzept für »Stadt-Garten-Service-Stationen« zur »Vermarktung von lokalen Heilpflanzen« und dem »Aufbau einer energieautarken Kulturlandschaft«. Hört sich doch gut an, gefährdet keine vorhandenen Arbeitsplätze und beschäftigt mehr als 100 ALG II-Empfänger, die dann nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

Der Haken an der Sache, das Projekt hätte dem Steuerzahler fast 500.000 Euro gekostet. Da geht der Normalbürger doch davon aus, dass so ein Projekt, bevor es genehmigt wird genauestens überprüft wird. Aber das scheint man hier wohl vergessen zu haben, denn anders ist es nicht mehr logisch zu erklären.

Mitte August rief ich beim Geschäftsführer des Job-Centers an, weil sich einige »Ein-Euro-Jobber« bei mir gemeldet hatten.

Sie sprachen von ihrer Maßnahme, aus der nicht nur ich überhaupt nicht schlau wurde. Auf die Frage, was sie dort eigentlich machten, zuckten sie mit der Schulter. Bedenklich fand ich aber, dass sie Angst hatten und sich psychisch unter Druck gesetzt fühlten. Ich führte weitere Gespräche und sammelte Unterlagen. Diese übergab ich dem Geschäftsführer, mit der dringlichen Bitte der Überprüfung dieser Maßnahme.

...und es geschah nichts! Die Maßnahme lief weiter. Die Leute erhielten ihr Geld nur gegen Unterschrift auf einen Vertrag, der sie zur Verschwiegenheit verpflichtete. Ich drängte weiterhin auf eine Kontrolle, aber das Job-Center blockte. Dann schaltete ich den Sozialstadtrat ein, der Mitglied der Vertreterversammlung ist. Endlich, einem Monat später, nachdem der Sektenbeauftragte Berlins einen Reporter mit Recherchen beauftragt hatte, es eine Meldung wegen fehlender Sanitäreinrichtungen gab, eine Anzeige bei der Polizei wegen Nötigung vorlag, wurde die Maßnahme überprüft und sofort gestoppt.

Mir ist völlig klar, dass das Job-Center kaum mit der Bewilligung und Auszahlung des AGL II hinterher kommt, aber die Verantwortung für die anvertrauten Menschen kann ihnen niemand abnehmen! Kontrollen werden nur im Verdachtsfall durchgeführt, heißt es. Bloß wie viel »Verdacht« braucht es, bis die Mitarbeiter des Job-Centers aufwachen?

Für mich stellt sich außerdem noch die Frage der Wertschätzung der Menschen, die ALG II bekommen und bemüht sind, sich mit der Aufnahme eines Ein-Euro-Jobs für die Gesellschaft einzusetzen.

Sylvia Stelz

Mitglied des Beirates des Job-Centers

Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren

Alternativen zu Ein-Euro-Jobs: menschenwürdig und bezahlbar

Hartz IV kommt alle teuer zu stehen. Millionen von Euro werden ausgegeben, um den dauerhaften Ausschluss von Millionen Menschen aus dem Erwerbsleben zu finanzieren – mit gelegentlichen Abstechern in die Arbeitswelt in Gestalt von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), den so genannten Ein-Euro-Jobs. Aber es gibt Alternativen.

Der Vorschlag der Linkspartei.PDS ist einfach und machbar. Statt in Arbeitslosigkeit wollen wir in Arbeit investieren. Anstelle von Ein-Euro-Jobs fordern wir die Schaffung regulärer sozialversicherungspflichtiger

Beschäftigungsverhältnisse in öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektoren.

Das lässt sich finanzieren, wenn man die bisher zur Subventionierung von Arbeitslosigkeit eingesetzten Mittel bündelt: Arbeitslosengeld II, Kosten für Unterkunft und Mehraufwandsentschädigung sowie die jetzt schon vorhandenen Fördertöpfe von Ländern, Bund und Europäischer Union. Bisher Langzeitarbeitslosen könnte so ein Existenz sichernder Arbeitslohn gezahlt werden – ohne Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, ohne Zwänge und

Demütigungen. Durch ein gerechteres Steuersystem, z.B. durch die Wiederbelebung der Vermögenssteuer, könnten weitere Mittel bereitgestellt werden.

Entstehen könnten neue Jobs in öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren, also dort, wo sich Dienstleistungen an Einzelnen oder am Gemeinwesen für die Privatwirtschaft nicht lohnen, bei der Pflege älterer oder behinderter Menschen oder im Erziehungsbereich etwa. Für diese zwischen Privatwirtschaft und Staat angesiedelten Arbeitsplätze müssten spezifische Bedingungen tariflich ausgehandelt werden. Eine im Vergleich zu bestehenden Tarifen einstweilen geringere Bezahlung könnte dabei ausgeglichen werden durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen und durch Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit.

Christian Posselt

PDS-Jugend-BB-Westbezirke benennt sich um

Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung haben sich die Mitglieder der PDS-Jugend Westbezirke in PDS-Jugend Neukölln umbenannt.

Somit ist nun auch der rechtliche Weg für die Gründung weiterer Ortsgruppen in Westberlin ermöglicht. Zudem hat sich die neue Ortsgruppe Neukölln zur Aufgabe gemacht, sich aktiv in die Kommunalpolitik von Neukölln einzumischen.

Am 27. November findet in Brandenburg die Landesdelegiertenkonferenz der PDS-



Bild vom Bundesjugendtreffen Foto: Archiv

Jugend-Berlin/Brandenburg statt. Auf dieser wird es auch zur Umbenennung der PDS-Jugend kommen, zudem wird ein neuer Landesvorstand gewählt.

Auch junge Interessierte Nichtmitglieder sind gerne willkommen.

Weitere Informationen dazu und zu anderen Themen gibt es auch auf unserer Internetseite:

www.pds-jugend-bb.de/neukoelln

Benjamin Krüger

Saalbau Neukölln

No. 18 – Die Ratten
Von Gerhart Hauptmann

Premiere : 20. November, 20 Uhr

Weitere Vorstellungen:

23.-25., 27., 30. November,
1.-4., 7.-9., 11., 14.-18. Dezember,
jeweils 20 Uhr



Klassisch wird's im Schauspiel Neukölln mit Gerhart Hauptmanns Berliner Tragikomödie. Schauplatz des packenden Sozialkrimis ist ein Berliner Mietshaus. Im Dachgeschoss debattiert Theaterdirektor Hassenreuter mit seinen Schülern über die hehren Ziele der Kunst und betrügt seine Frau. Für das sich anbahnende Verhängnis in unmittelbarer Nähe hat er keinen Blick. Der Ausgangspunkt ist biblisch: Zwei Mütter, die polnische Arbeitsimmigrantinnen Pauline und die kinderlose Maurersgattin John, streiten um ein Kind. Was zunächst ein Geschäft auf Gegenseitigkeit war – Kind gegen Geld – entwickelt sich zum erbitterten Kampf mit tödlichem Ausgang. Denn für beide Frauen ist das Kind die Eintrittskarte zum bürgerlichen Lebensglück.

Eine Koproduktion des Schauspiel Neukölln mit dem Theater Rote Laterne

Die Mitglieder des Bezirksverbandes Neukölln der Linkspartei.PDS werden am..... um 20 Uhr die Vorstellung im Saalbau besuchen.

Um rechtzeitige Teilnahmemeldungen an die Geschäftsstelle, Richardplatz 16, Tel.: 61 35 919, wird gebeten.

IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionschluss: 25. Oktober 2005

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Neuköllner Termine für November

Rathaus-Foyer, 1. Etage

14. November, 19 Uhr

Ausstellungseröffnung »2 Jahre Unternehmen Neukölln«

Gemeinschaftshaus

19. November, 10-16 Uhr

Große Filmtauschbörse

Gaststätte »Stilbruch«, Urbanstr. 47

11. November, 20 Uhr

Podiumsveranstaltung von ErwiN

Saalbau

20. November, 20 Uhr

Die Ratten – Premiere

Schloß Britz

25. November, 20 Uhr

Adventskonzert

Alt-Buckower Adventsmarkt

26. und 27. November

an der ev. Dorfkirche

33. Alt-Rixdorfer Weihnachtsmarkt

auf dem Richardplatz

2. Dezember 17–21 Uhr

3. Dezember 14–21 Uhr

4. Dezember 14–20 Uhr

Galerie Olga Benario

Do 10.11., 19.30

»Kalter Krieg und kein Ende – die Verfolgten – Interviews mit ZeitzeugInnen (Beitrag für den Offenen Kanal Oldenburg 2001, 50 Min.)

Do 24.11., 19.30

»Berufsverbote reloaded?«

Eine Diskussion mit Michael Csaszokoczy von der Antifaschistischen Initiative Heidelberg

Do 1.12., 19.30

Über die Ausgrenzung Andersdenkender nach 1990 spricht Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN/BdA

Do 8.12., 19.30

»Die Un-Amerikaner – Zur Hölle mit der Wahrheit« – Dokufilm der BBC zur Kommunistenverfolgung in den USA während der McCarthy-Ära (45 Min.)

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich

im November

Kazim Baba

Hermann Gundel

Thomas Hinrichsen

Mirko Malesse

Günter Noack

Sebastian Meskes

Malte Schmidthals

Wilhelm Spanknebel

Julia Wiedemann

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

18. November und 2. Dezember, 17 Uhr,
Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

18. November, 19 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionssitzung

21. und 28. November, 17 Uhr
Rathaus, Raum A 307

Bürgerfragestunde

28. November, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

BVV

28. November, 17.45 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

AG »Hartz IV«

10. November, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Migration

11. November, 13.30 Uhr

Kulturevent IV. Quartal

Besuch »Die Ratten« im Saalbau
9. Dezember, 20 Uhr

Redaktionssitzung

18. November und 2. Dezember, 9 Uhr
Richardplatz 16